INTERVIEW: GERHARD GLOGOWSKI
30. Januar 2024
Interviewt durch Eva Stassek

Eva Stassek: Hallo Gerhard, schön, dass du uns zum 80 Geburtstag der IG Metall Braunschweig schildern willst, wie du ein politischer Mensch und Gewerkschafter – IG Metaller – geworden bist. Wie deine ersten Schritte und Stationen in deinem jungen Leben waren, was du gelernt hast, wie du Ämter übernommen hast und die IG Metall in den verschiedenen Phasen deines Lebens wahrgenommen hast. Bitte … leg los ….

Gerhard Glogowski: Ich sage ja immer: ich bin geborener Sozialdemokrat und Gewerkschaftler.

Oder umgekehrt weil: bei uns in der Familie war das geklärt. Mein Vater war auch Gewerkschafter und war SPD und meine Mutter auch.

Und als ich mit 10 Jahren bei den Pfadfindern eintreten wollte, weil bei uns auf der Strasse einige Jungen dort eingetreten sind, hat mein Vater gesagt: „Wir gehen nicht in die Pfadfinder – wir gehen in die Falken". Und so bin ich mit 10 Jahren Falken-Mitglied geworden und habe da ein gutes politisches Leben geführt.

Ich habe kein Abitur, sondern Volksschule – normal – acht Jahre. Es gab damals in Bonn, wo wir damals wohnten, eine Förderschule, da konnte man nach der Volksschule noch zwei Jahre richtig Unterricht machen. Ziel war, dass ich Ingenieur werden sollte. Mein Vater war ja KFZ-Meister und für ihn war das eine wunderbare Geschichte.

Und dann war die Frage was ich lernen wollte. Und dann habe ich durch Freunde oder so entschieden: Werkzeugmacher. Das war dann meine Vorstellung weil – das kam dann noch später – meine Gesellen haben mir immer gesagt: „Gerd ich erkläre dir das, weil du Werkzeugmacher werden willst, wenn du Schlosser werden wolltest würde ich gar nicht erst versuchen es dir zu erklären."

Das war so ein Ranking in den Industriebetrieben: Werkzeugmacher fühlten sich als die Könige der Facharbeiter. Das haben die älteren Gesellen so lange den Jüngeren erzählt bis auch die glaubten das wäre so.

Ich habe diese Ausbildung begonnen und bin dann noch zeitgleich auf die Abendschule gegangen. Ziel war immer noch Ingenieur zu machen. Die Abendschule habe ich dann auch zu Ende gebracht.

Ich habe morgens um 6:20 Uhr angefangen zu arbeiten und bin abends von 20:00 bis 22:00 Uhr täglich, von Montag bis Freitag, zur Abendschule gegangen. Das war alles sehr … es ging … ich habe das gekonnt, aber das mit dem Ingenieur wollte ich dann doch nicht.

Ich hatte, als ich in dem Betrieb war – das waren die „Vereinigten Leichtmetallwerke Bonn" – durch Freunde die in der IG Metall waren von der Gewerkschaft gehört und wollte auch in die IG Metall eintreten und eine Jugendvertretung gründen – gewählt von den jüngeren Belegschaftsmitgliedern, fünf Vertreter sollte es geben.

Und der Betriebsrat sagte – nee. In die Gewerkschaft kannst du eintreten wenn du deine Lehre zu Ende hast – vorher sowieso nicht.

Damit habe ich mich nicht zufrieden gegeben. Ich bin direkt zur IG Metall in Bonn – da gab es einen Geschäftsführer – Möhring hieß der. Und der mochte mich. Er sagte – das regel` ich mit der Gewerkschaftsmitgliedschaft und hat mich aufgenommen. Da war der Betriebsrat ja nicht maßgeblich für, sondern die IG Metall.

Somit bin ich 1960 in die IG Metall eingetreten.

Dann hat er mir gesagt, dass sie eine Jugendgruppe haben. Ich war ja Falken-Jugendgruppenleiter und im Kreisvorstand der Falken und war auch da organisatorisch gut dabei.

Eva Stassek: Wie alt warst du damals?

Gerhard Glogowski: Da war ich 17. Ich hatte ja acht Jahre Volksschule gemacht, und zwei Jahre Aufbauschule – so hieß das, da war ich 16. und dann bin ich in die Lehre gegangen. Ich hab nicht gleich am ersten Tag angefangen mich für Gewerkschaft zu interessieren. Nur – als wir feststellten, dass es Probleme gab, die den Betriebsrat nicht interessierten, dann haben wir gesagt, dann müssen wir das selber machen.

Der Gewerkschaftssekretär Möhring hat mir das ermöglicht und so wurde ich Jugendsprecher.

Und da es damals auch schon so war, dass Funktionäre auch schon knapp waren, fragte er mich: „Sag mal – willst du nicht die Jugendgruppe leiten?“

Wir waren in den Leichtmetallwerken pro Jahrgang 30 Lehrlinge schätze ich – ich kann es nicht mehr genau sagen. Dann waren wir gesamt 120 / 140 Lehrlinge – wir machten ja drei Jahre Ausbildung.

Der Betriebsrat konnte das nicht verhindern – weil ich ja auch die Unterstützung der Gewerkschaft hatte. Dann wurde die Jugendvertreterwahl durchgeführt – aber sie haben uns dann keinen Sitzungsraum gegeben wo wir uns treffen konnten. Dann haben wir in der Kantine in der Ecke unserer Sitzungen gemacht.

Es war schon nicht einfach – aber wir haben schon dem einen oder anderen geholfen. Damals gab es im Rheinland schon Musik-Proteste auf der Strasse und da bekam einer, der mit mir im Jahrgang war, grosse Probleme. Ich war sogar mit dabei. Wir waren im Kino – nicht zusammen – aber gleichzeitig – und wenn du beim rauskommen in die falsche Strasse eingebogen bist, liefst du direkt in eine Polizei-Sperre hinein. Die hatten da abgeriegelt – das war damals etwas rüder als heute. Das hatte er gemacht – falsch abgebogen.

Dann wollten sie den Kollegen rausschmeissen. Weil er da auch teilgenommen haben soll. Dabei war er auch im Kino, wie ich auch – ist nur danach in die falsche Strasse eingebogen.

Eva Stassek: Was waren das den für Proteste?

Gerhard Glogowski: Das waren eigentlich gar keinen Proteste.

Irgendeiner hatte einen Lautsprecher, und es wurde auf der Strasse von jungen Leuten „Rock’n’Roll-Musik“ gespielt / abgespielt. Das war im ganzen Rheinland so.

Das waren so Freiheitsgeschichten – da wurde getanzt, und die Strasse war dadurch besetzt. Das verbreitete sich überall. Es hatte keinen politischen Grund – sondern man freute sich zusammen zu stehen, einer hatte so einen Lautsprecher der irgendwo aus einem Fenster gehalten wurde und dann fand da ein solches Treffen statt. Da wurde auch kein Krawall gemacht – kein gar nichts – nur Musik.

Aber die Firma wollte den Jungen rausschmeissen. Das war meine erste Veranstaltung wo ich richtig kämpfen musste. Ich lernte seine Familie auch kennen bei dieser Geschichte – seine Mutter war todunglücklich. Das Ergebnis war: er blieb dann. Das war unser erster Erfolg als Jugendvertretung!

Und da die bei der Gewerkschaft auch keinen für die DGB Jugendgruppe hatten – wurde ich auch Jugendgruppenleiter beim DGB und machte noch meine Abendschule. Das ging – weil die anderen Sachen ja tagsüber stattfanden.

Wenn ich mir das alles heute so überlege, ich hätte mein Leben auch einfacher haben können. Aber das war halt die Zeit, wo ich auch gestalten wollte, wo ich helfen wollte wo es ging. Wir haben das gemacht.

Dann war meine Abendschule zu Ende – und ich war in Füssen zum Seminar gewesen. Ich war fast überall wo die IG Metall ihre Schulen hatte, 14 Tage, 1 Woche oder so. Der IG Metall-Gewerkschaftssekretär Möhring machte mir immer Vorschläge welches Seminar ich besuchen sollte.

Ja der mochte mich – und ich habe ihm ja auch geholfen indem ich die Jugendgruppe geleitet habe. Und ich war auch ein Kämpfer. Mit dem Betriebsrat der Leichtmetallwerke in Bonn – einer der größten Industriebetriebe – hatte er auch so seine Probleme.

In der Jugendgruppe bei den Falken haben wir Karl Marx gelesen. Verstanden haben wir das alles nicht. Denn Karl Marx hatte eine Schriftsprache die für einen normalen Arbeiterjungen gar nicht zugänglich war. Mit den ganzen Begriffen die er da drin hatte und so weiter fiel es uns schwer, aber wir haben immer einpaar Seiten gelesen und das diskutiert.

Fanden das dann alles ganz doll und hatten bei den Falken auch einige Ältere die das mit dem Hirn schon ganz gut hinkriegten mit dem Marxismus.

Wir waren der Verband „Falken Mittel-Rhein“. In Köln war der Bezirksverband. Der wurde vom Kölner Klüngel beherrscht, wie alle anderen Geschichten im Rheinland auch.

Und da war alle 14 Tage oder drei Wochen ein Wochenendseminar. Da haben wir Marxismus gelernt und auch die Anfänge eines Straßenkampfes. Das war sowas von bekloppt, das habe ich ihnen damals schon gesagt – was soll dieser Scheiss. Wenn wir mit unseren 40 Leuten in Bonn da eine Revolution machen – der Marx hat ja gemeint, es müssten einige mehr sein.

Das war diese Falkenzeit, deshalb war ich politisch so eingestellt.

In der IG Metall Jugend, haben wir ja mehr über die Probleme der Arbeiterbewegung geredet als über Ideologie. Das war damals so … heute habe ich den Eindruck dass mehr über Ideologie geredet wird – wenn ich das so höre womit die sich beschäftigen.

Wir haben hier und da von Problemen der Lehrlinge gehört, uns dann mit diesen Problemen der beschäftigt und haben versucht da hilfreich zu sein. Das ist uns hin und wieder gelungen und wir waren gern zusammen.

Eva Stassek: Und Ausbildungsvergütungen, Tarifbewegungen? Das habt ihr doch bestimmt auch besprochen.

Gerhard Glogowski: Ja haben wir, aber damals kriegtest du ja kaum was. Vor allem, unser Problem – mein Problem als junger Gewerkschafter war, dass sich die Älteren, Betriebsräte und sowas, sich überhaupt nicht dafür interessierten.

Eva Stassek: Die waren aber auch nicht gut organisiert in der IG Metall – oder?

Gerhard Glogowski: Doch – zu 90 Prozent im Betrieb. In meiner Werkzeugmacherei war das ganz einfach: da warst du entweder Gewerkschaftler oder die ekelten dich raus. Die Kollegen haben Leute, die nicht in die Gewerkschaft

eintreten wollten, richtig drangsaliert – was mir manchmal peinlich war. Auch körperlich drangsaliert – nicht geschlagen oder so – aber zum Beispiel den Ärmel im Schraubstock festgeklemmt. So lange gepiesackt, bis die entweder wieder gingen oder eintraten. Wir Werkzeugmacher waren zu 100 Prozent organisiert.

Ne – also der Organisationsgrad war gut – nur das Denken war damals noch ein wenig anders.

Wir Lehrlinge waren noch keine vollwertigen Mitarbeiter, keine Gesellen – und waren den anderen Kollegen zu frech, zu keck, zu aufmüpfig.

Eva Stassek: Über welches Jahr sprechen wir? Wo du 16/17 warst?

Gerhard Glogowski: Das war 1960 – da bin ich ja eingetreten in die IG Metall – da war ich 17. Meine Ausbildung war von 1959 bis 1961.

Es lief mit der Jugendarbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft ganz gut. In die SPD konntest du erst mit 18 eintreten. Das habe ich ein Jahr später dann auch gemacht.

Wehner verhandelte damals mit Gutenberg über eine große Koalition. Das kam in meiner Familie gar nicht gut an. Deshalb bin ich auch nicht gleich zu meinem Geburtstag im Februar sondern erst im Juni in die SPD eingetreten. Das war kein Ausschließungsgrund für mich gewesen. Ab da war ich in der Partei und in der Gewerkschaft und bei den Falken.

1963 bin ich dann nach Springe, in die Heimvolkshochschule gegangen um mich weiterzubilden.

Eva Stassek: Dein Vater war der Chauffeur von Erich Ollenhauer dem damaligen SPD-Bundesags-Fraktionsvorsitzenden und SPD-Vorsitzenden.

Gerhard Glogowski: Ja, Chauffeur von Ollenhauer. Er fuhr aber auch Herbert Wehner. Der Wehner war ja ein sehr scheuer Mensch. Er wohnte bei uns auf der Strasse. Er hatte immer einen Hamburger Polizisten dabei, weil er von den Stalinisten bedroht wurde. Er war ja Überläufer zur SPD.

Er hatte immer die Situation, das er hätte angeschossen werden können – so dass er ziemlich zurückgezogen lebte. Ganz zurückgezogen ging ja natürlich nicht, weil er überall reden musste. Das hörte später auf, aber er hatte einen Hamburger Polizisten an seiner Seite.

Und da die bei uns auf der Ecke wohnten, lernte ich schon als Kind ihn und seine Frau kennen. Seine Frau mochte mich nun auch. Ich habe immer Leute um mich gehabt die mich gefördert haben. Weil sie wohl dachten das das gut ist.

Und die Frau Wehner hatte eine Freundin, die Frau eines Abgeordneten, die war Lehrerin und hatte Zeit. Für die habe ich manchmal eingekauft und die hat mir Nachhilfe gegeben oder besser gesagt – mich unterrichtet. Die hat dann dafür gesorgt, dass ich in der Schule aufpasste.

Die Familie Wehner lernte ich auch dadurch besser kennen. Als Wehner dann nach Bad Godesberg zog, war ich auch dann immer noch öfters bei ihnen. Da war auch Wehners Tochter Greta – sie war älter als ich – es war familiär. Es war überhaupt viel familiärer zu der Zeit.

Auch bei Ollenhauer – da sind wir ja auch zu Geburtstagen hin gegangen – das war eher eine familiäre Gruppe. Ich wurde da aufgenommen und dadurch kam mein guter Kontakt auch zu Wehner.

Ich bin ja nach Braunschweig gekommen wegen Wehner.

Ich wollte ja eigentlich zur IG Metall.

Da muss ich noch vorher erzählen:

Mein IG Metall-Sekretär Möhring sagte mir – Gerd, geh zur Heimvolkshochschule Springe und mach den Vorbereitungskurs für die Sonderbegabten-Prüfung an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg (HWP[1]).

Nach bestandener Prüfung kannst du dann ohne Abitur studieren. Dieser Kurs in Springe, der 10 Monate dauerte, wurde gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung[2]. Die Teilnehmer*innen bekamen jede Woche 20 Mark Unterstützung.

Ich wolle auch gern Lehrer werden, aber dazu musstest du ein Instrument spielen können. Warum weis ich heute nicht mehr. Und wenn ich alles konnte, ich habe versucht Flöte zu spielen, mein Vater spielte Mundharmonika – er hat mit mir geübt – erfolglos. Ich habe dieses Empfinden für Musik nicht. Ich habe dann aber auch keine Lust mehr darauf gehabt – aber ursprünglich wollte ich mal Lehrer werden, das hing mit meiner Falkengeschichte zusammen. Weil ich da ja Jugendgruppenleiter war, bei der IG Metall-Jugendgruppenleiter. Ein Lehrer kümmert sich um die Kinder – das konnte ich – ich hatte bei den roten Falken ja auch 8–10jährige und ich war 15/16 Jahre alt.

Und so hat der IG Metaller Möhring mich orientiert nach Springe und zur HWP zu gehen.

1948, als der Unterricht beginnen sollte, waren durch Marshallplan und Währungsreform die Weichen für die der Marktwirtschaft in West-Deutschland gestellt und die wirtschaftsdemokratischen Neuordnungsvorstellungen der Gewerkschafter und Sozialdemokraten über einen „Dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die demokratische Gemeinwirtschaft – die im Gründungskonzept und im Namen der Institution ihren Niederschlag gefunden hatte – zerschlugen sich. Da der Name nun festgelegt war, wurde er auf den „Wirtschaftssektor“ Gemeinwirtschaft bezogen: die Unternehmungen des Staates und der Gemeinden, die Genossenschaften und genossenschaftlichen Unternehmungen sowie die Gewerkschaften und die gemeinwirtschaftlichen Betriebe. Die Akademie für Gemeinwirtschaft wurde 1961 in Akademie für Wirtschaft und Politik (HWP) umbenannt.

Danach bin ich nach Hamburg zur Prüfung an die HWP. Da waren 3.000 Anwärter. Dann hatten wir die Prüfungen zu Ende und ich habe gedacht ich währe durchgefallen. Weil ich mich auf den ausgehangenen Listen nicht fand.

Da sagte mein Freund: „Hier, du bist gar nicht in der mündlichen Prüfung“. Da waren 8 oder 10 Leute die nicht mehr in die mündliche Prüfung mussten sondern direkt angenommen waren – auf einer extra Liste.

Da gehörte ich zu – da war ich hoffnungsvoll.

Durch Unterstützung der IG Metall erhielt ich ein Hans-Böckler-Stiftung-Stipendium von 150 Mark. Wir wohnten in einem Haus, das der Böckler-Stiftung gehörte, in Hamburg Barmbeck. Das war ein Studentenheim in dem wir am Anfang zu zweit ein Zimmer hatten und ab drittem Semester bekam jeder ein Einzelzimmer.

Und wie ich war im SHB[3] – ich war nicht im SDS[4]. Die spalteten sich damals. Ich war im SHB – dann bin ich auch Landesvorsitzender davon geworden.

Ich hatte auch das Geschick Mehrheiten zu organisieren. Die Uni-Leute kamen gegen uns nicht an. Meine ganzen Kumpel mussten da auch ein treten. Die Uni-Leute kriegten das organisatorisch nicht hin. Jedenfalls wurde ich

Landesvorsitzender, gegen einen der später Bundesvorsitzender wurde – Jens Litten hieß der. Er wollte auch ganz groß mitwirken in der Politik – war auch in der SPD.

Das war ich so ein Jahr.

Ich hätte mich auch mehr um mein Studium kümmern können, aber so war mein Leben immer gewesen, dass ich immer sehr politisch war und hatte genug im Hirn, dass ich das auch noch schaffte – zwar nicht bravurös, aber halt schaffte. So wurde ich Diplom. Volkswirt.

Das bin ich auch geworden, weil ich Soziologie lieber studiert habe. Man schloss als Soziologe aber damals als „Sozialwirt" ab. Wegen dem Titel habe ich dann Volkswirt gewählt. Da musste man sich im letzten Studienjahr festlegen. Und dann war das auch mit dem Landesvorsitz im SHB zu Ende.

Wir hatten auch eine gewerkschaftliche Studentengruppe, da war ich natürlich auch Mitglied – aber nicht im Vorstand. Einer der die gewerkschaftliche Gruppe leitete, war Adi Ostertag[5].

Adi und ich haben zusammen studiert. Und es war eigentlich ganz klar, dass ich zur IG Metall gehe. Der Heinz Dürrbeck[6] und Hans Matthöver[7] waren dafür zuständig. Die kamen nach Hamburg und haben damals den Adi und mich, von denen die sich für eine Anstellung bei der IG Metall interessierten, ins Auge gefasst.

Und dann hatte ich mit Wehner, mit dem ich ja persönlich ein gutes Verhältnis hatte über meine Pläne mit der IG Metall gesprochen. Meine damalige Freundin – später Frau – war die Sekretärin von Wehner.

Er fragte mich immer was ich so machte. Und dann habe ich ihm gesagt – ich gehe zur IG Metall nach Frankfurt.

Und da hat er mir gesagt: „Geh doch nach Braunschweig da wirst du Bildungssekretär."

Der Parteivorstand bezahlte damals die Bildungssekretäre und Wehner war damals dafür zuständig. Der damalige Bildungssekretär ging weg und wurde Juso-Bildungssekretär.

Und Wehner sagte: „Mach das doch."

Und da ich sowieso viel von dem Wehner hielt hab ich mir gedacht – na gut – mach ich das. Also habe ich mich beworben. Der Wehner wollte das, und die Braunschweiger Sozialdemokratie auch.

Und es gab in meiner Juged-Zeit noch so andere Ereignisse die mich beeinflussten – da waren zum Beispiel die Demo gegen den Vietnamkrieg – 3000 Leute waren dabei. Die hatte ich in Hamburg organisiert. Wir riefen damals während der Demo:

„Hey hey hey, LBJ[8]! How many Kids do you kill today?"

Anschließend wurde von der Polizei und vom Staatsschutz gegen mich ermittelt. Das war damals eine völlig friedliche Demonstration. Stand noch nicht mal in der Zeitung. Da habe ich immer gesagt – wenn wir auf den Michelsturm gegangen wären, und hätten dann das Dach abgemacht, dann wären wir in die Zeitung gekommen.

Eva Stassek: Wurdest du deswegen verhaftet?

Gerhard Glogowski: Nein, die haben mich nur geladen. Da wurde ich stundenlang verhört. Verhaftet haben sie mich nicht. Die haben mich dann wieder in Ruhe gelassen.

Oder mein Erlebnis mit der Kirche:

Damals wurde das Concordat[9] in Niedersachsen gemacht. Und ich habe mich ja sehr von der Kirche entfernt. Ich war sehr fromm als Kind, aber durch die ganzen Verhältnisse im Rheinland, kam ich ab davon.

Beispiel: wir machten Zeltlager von den Falken und ich ging Sonntags so mit 15/16 in die Kirche – obwohl ich evangelisch war – auch mal in die katholische Kirche.

Und dann predigte der Pfarrer was wir für Lumpen währen, weil wir das Zeltlager da hatten, und Wölfe im Schafspelz und so und diese ganzen Anfeindungen – und am Ende der Veranstaltung bin ich aus der Kirche ausgetreten.

Meinem Vater war das völlig klar, der sagte Taufe, Konfirmation – und dann entscheidest du selber.

IG Metall / Gewerkschaft und SPD entscheiden wir gemeinsam. Das war ganz einfach.

Eva Stassek: Dein Vater war ein kluger Mann.

Gerhard Glogowski: Ja, ja das war er schon. Er ist ja damals aus dem Krieg gekommen und da hat ein Freund von ihm gesagt: „Hier, die SPD sucht einen Fahrer." und da hatte er sich beworben. Er wurde ja gern genommen – mein Vater war KFZ-Meister. Er hat ja auch im Krieg im wesentlichen hinter der Front Offiziere gefahren. Damals gingen schnell die Autos kaputt – er konnte die gleich reparieren. Und so war es auch bei der SPD. Er fuhr damals einen Opel Admiral, der blieb auch mal stehen. Und mein Vater konnte den gleich reparieren. So dass er auch keine Schwierigkeiten hatte.

Er hat dann beruflich nicht mehr in eine KFZ-Werkstatt gewechselt, weil er mit Ollenhauer[10] auch gut konnte. Der Ollenhauer war ein sehr liebenswürdiger Mensch.

Ollenhauer war auch befreundet mit Otto Brenner[11] und die haben sich oft am Hauerskopf (Schwarzwald, Ferienheim) getroffen. Feierten oft auch Weihnachten und Silvester zusammen. Und mein Vater konnte gut Skat spielen, der war ja auch im wesentlichen mit dabei. Weihnachten nicht aber danach – da brauchten die einen dritten Mann zum Skat. Die wohnten alle in Hannover.

Die SPD Parteizentrale war ja in Hannover.

Der Ollenhauer war in der deutschen Angestellten-Gewerkschaft.

1950 ist Ollenauer nach Bonn gegangen – aber die Freundschaft mit Brenner blieb. Brenner und er waren gute Freunde – und mein Vater immer der Dritte im Skat.

Eva Stassek: Wie war das bei euch Zuhause in deiner Kindheit nach dem Krieg – die Städte waren ausgebombt – Wohnungen waren sehr knapp.

Gerhard Glogowski: Wir waren während des Krieges ausgegliedert in den Harz. Wir kamen dann nach Kriegsende wieder zurück in unsere Wohnung von ca. 80 m^2 in Hannover/Linden. Und da wohnte schon eine Flüchtlingsfamilie drin – denen wurde unsere Wohnung zugewiesen. Die hatten ein Zimmer und konnten Küche und Bad nutzen. Meine Mutter musste sich mit der Familie verständigen wer wann die Küche nutzen konnte. Ich habe nicht so viel Erinnerung daran, ich war noch ganz klein – zwei Jahre alt. Wir schliefen mit fünf Personen in einem Bett.

Auf unserer Strasse in der ich geboren bin, Steigertalstr. / Ecke Elisenstr., gab es 150/160 Mitglieder der SPD. Und wenn 1. Mai war, hingen überall aus den Fenstern SPD Fahnen und einige kommunistische. Fast in jeder Wohnung lebten Sozialdemokraten. Ich habe leider keine Bilder davon, weil man damals nicht fotografierte. Und mein Vater ging mit uns immer zum 1. Mai. Drum gehe ich heute auch noch zum 1. Mai.

Aber die, die da heute reden, reden mir nicht mehr so aus dem Herzen wie früher. Aber ich war immer beim 1. Mai – früher auf der Schulter meines Vaters damit ich gut den Redner sehen konnte – damals gab es noch keine Pulte. Vater nahm uns bei der Hand und dann ging es zum 1. Mai.

Da wo wir wohnten gab es eine Frau – Oma Lotte sagten wir zu ihr – die organisierte die Frauen. Das waren ja alles Sozialdemokraten – wir hatte ja 91,6 Prozent Stimmen für die SPD.

Das war so vor dem Krieg. Bei der ersten Wahl nach dem Krieg auch wieder so. Oma Lotte organisierte das – vorsichtig – nach dem Krieg mit all den Erfahrungen war man vorsichtig.

Meine Mutter, die war ja Nierenkrank und hatte Gallenkoliken. Oma Lotte hörte das und kam dann schon und schickte uns Kinder zu unserer Tante damit Mutter Ruhe hatte und kümmerte sich um sie. Das war eine Gemeinschaft, da warst du wirklich aufgehoben. Die lebte richtig auf nach dem Krieg, aber die gab es im Krieg auch schon. Und wenn ein Mann starb, kümmerten sich die Frauen um die Witwe und die Kinder.

1950 sind wir dann nach Bonn gegangen, da war ich sieben.

Damals, als Kinder, haben wir immer Hochzeit gespielt. Für uns war die Ehe „heile Welt“. Frau, Ehemann, die Familie. Dann haben wir auf der Strasse Hochzeit gespielt. Der Junge bekam einen Zylinder, das Mädchen einen weißen Umhang. Das war für uns eine ganz wichtige Geschichte, denn diese Emotionen – von einigen war der Vater im Krieg geblieben – eine heile Familie war für uns eine ganz wesentliche Frage der Kindheit um uns wohl zu fühlen.

Oder wir sind über die Ihme rüber nach Herrenhausen. Als Kinder war das unser Spielplatz. Wir waren nur 200m von Herrenhausen entfernt. Da gab es so eine alte Brücke, meine Mutter ging mit uns da hin – hat da gestrickt und wir konnten rumlaufen wie wir wollten. Da war es schön, viele Bereiche der Stadt waren noch zerstört und noch nicht wieder in Ordnung gebracht. Ich habe schöne Erinnerungen an meine Kindheit dort.

Es war eine Arbeitersiedlung, dort lebten viele Facharbeiter der Hannomag. Ich habe sozialdemokratisches Leben sehr praktisch erlebt durch das handeln von Personen.

Die Leute da waren „mit den Menschen“.

Meine Grundüberzeugung ist NICHT – „du musst ZU den Menschen GEHEN“, sondern:

„Du musst MIT den Menschen SEIN!“

Denn ersteres halte ich für überflüssig. Wenn du mit den Menschen bist – bist du Teil dessen – und so haben wir uns auch immer empfunden.

So bin ich in die sozialdemokratische Gemeinschaft gekommen.

Wir gingen ja zum Pfingsten in die Kleingärten, mit Klampfe (Gitarre), die Frauen haben gebacken, die Männer schleppten Bier an – oder zogen es mit Karren herbei. Und dann wurde gesungen – Arbeiterlieder – die ich schon mit 7, 8, 9 Jahren kannte. Den Rest habe ich dann bei den Falken gelernt. Nachmittags ging es dann wieder nach Hause.

Das ist das, was ich heute vermisse.

Die SPD ist das nicht mehr. Die IG Metall war das für mich nie in dieser Art, weil ich ja sozialdemokratischer Mandatsträger war und nicht Mandatsträger bei der IG Metall – da hatte ich, ausser in der Jugend als Jugendgruppenleiter, ja nie Funktionen.

Diese Gemeinschaft und dieses Gefühl des Miteinander und Füreinander, das gibt es ja heute gar nicht mehr. Das betrübt einen alten Mann.

Eva Stassek: Siehst Du diese Gemeinschaft generell und überall nicht mehr?

Gerhard Glogowski: Na ja – vielfach nicht mehr. In der Familie ist es natürlich noch so. Wir sind eine Patchwork-Familie und alle mögen sich. Und wir sind an Weihnachten gerne zusammen, Kinder, Enkelkinder. Da brate ich eine Gans – für mich ist diese Gemeinschaft unheimlich wichtig.

Heute reduziert sich das auf die Familie, früher war das der Ortsverein, oder die SPD. Wir haben ja unglaublich viel gemeinsam gemacht und uns auch gefreut das wir uns sahen. Damals waren wir aber auch mehr.

Eva Stassek: So wir haben jetzt viel über deine ersten Lebens-Jahre gehört – wie waren deine Anfänge in Braunschweig?

Gerhard Glogowski: Als ich nach Braunschweig kam im Jahr 1966 fand ich in der Stadt keine Wohnung, ich zog deshalb nach Waggum, das damals noch nicht eingemeindet war.

Da wohnten auch die Fritsch's. Kurt und Isolde Fritsch kamen als Kommunisten aus der DDR nach Waggum.

Dadurch lernte ich auch den Sohn, Uwe Fritsch kennen, den späteren Betriebsratsvorsitzenden von VW Braunschweig. Er war in Waggum im Sportverein und spielte Fussball. Sein Vater Kurt und ich hatten persönlich ein recht gutes Verhältnis. Wir trafen uns in Waggum und dadurch kannte ich ihn schon Mitte, Ende der 60er Jahre. Ich habe ihn an runden Geburtstagen immer besucht. Sein Bruder war in Osnabrück, auch Kommunist und Betriebsratsvorsitzender.

Ich habe Kurt Fritsch eigentlich immer sehr geschätzt, er war ein kluger Mann. Mit seiner Frau kam ich auch gut aus. Wir waren inhaltlich ziemlich konträr – ich hatte mit seiner Ideologie nichts am Hut. Ich habe ihn wie gesagt, privat geschätzt und besucht auch während meiner Zeit als Innenminister.

Eva Stassek: Du bist damals also nach Braunschweig gekommen, hast als Bildungsreferent bei der SPD gearbeitet und in Waggum gewohnt. Dort wurdest du Bürgermeister – einer der jüngsten in Deutschland – wie alt warst du damals?

Gerhard Glogowski: Mit 29 wurde ich Bürgermeister in Waggum. Kurze Zeit später ist der Landkreis Braunschweig aufgelöst worden. Die stadtnahen Gemeinden wurden eingemeindet nach Braunschweig. Das war 1974. Und im Herbst waren dann ja Kommunalwahlen. Die Kreistagsmitglieder die es damals gab, die wurden Ratsmitglieder. Der Rat wurde deswegen größer gemacht. Ich kam direkt in den Verwaltungsausschuss. In fast allen eingemeindeten Ortsteilen waren sozialdemokratische Bürgermeister – ich meine es waren 5 Kreistagsabgeordnete. Ich wurde direkt der stellvertretende Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Braunschweig.

Dass wurde so gemacht, damit wir ehemaligen eigenständigen Gemeinden im Landkreis nicht „verschwanden" in der Stadt. Überall in den Gremien wurde aufgesattelt, ungefähr immer ein Mandat mehr. Dadurch kam auch ich in die

Gremien. Wir wurden in die Stadt integriert, damit wir auch ein tatsächliches Mitspracherecht hatten. Sonst hätten wir nicht gut auf unsere Themen und Probleme aufmerksam machen können.

Dann waren 1974 auch Neuwahlen – die verloren wir als SPD.

Bürgermeister wurde dann Günter Jaenicke von der CDU.

In den Dörfern waren ja nicht alle Menschen für die Eingemeindung nach Braunschweig – auch wenn es sozialdemokratische Wähler waren. Das heisst, die Eingemeindung hat uns erst einmal stimmenmäsig für die Sozialdemokraten weniger gebracht. Wir verloren knapp, mit einem Sitz – die Absolute Mehrheit und die CDU/FDP wurden das. Günter Jaenicke wurde Oberbürgermeister, Joachim Clemens CDU-Fraktionsvorsitzender. Das war ein Hauen und Stechen damals.

Im Grunde war die Situation im Rat der Stadt so, dass sich die drei Parteien – es gab nur drei – CDU, FDP und SPD – diametral gegenüber standen. Man redete nicht miteinander, schimpfte übereinander, das war eine schreckliche Zeit.

Dann wurde 1974 – in der SPD beraten wer soll von den Sozialdemokraten Oberbürgermeisterkandidat werden. Bisher war das Walter Klöditz gewesen. Er war schon älter und es war klar, dass er nicht mehr kandidieren wird. Also brauchten wir einen Neuen.

Hermann Ötting[12] war damals Vorsitzender des SPD Kreisverbandes Braunschweig. Meine Ambitionen waren nicht hier Oberbürgermeister (OB) zu werden. Und dann gab es natürlich einige weitere die Interesse daran hatten, u.a. Günther Kasten der damalige DGB Vorsitzende in Braunschweig. Aber es gab keinen auf den sich die Gesamtpartei einigen konnte. Auf mich aber schon, weil ich zu keinem der internen Blöcke gehörte.

Und Ötting fragte mich damals, ob ich als OB für Braunschweig kandidieren wollen würde.

Ich wollte damals eigentlich in den Bundestag. 1972 waren Bundestagswahlen und Ötting wollte später wieder kandidieren. Na, da sagte ich: „Gegen dich will ich sowieso nicht kandidieren, dann mach ich das."

Später – 1976 – hat er aber dann doch nicht kandidiert – er war ja bei VW Wolfsburg in der Forschung der zweite Mann. Ihm hat das im Bundestag nicht gefallen.

Aber er hat mich auf den Weg gebracht und ich wurde OB Kandidat. Auf dem Parteitag bin ich mit 120 zu 8 Stimmen gewählt worden.

Ich hatte auch Unterstützung von den Gewerkschaftern. Ich kam ja aus der Gewerkschaftsbewegung und Heinz Müller, der damalige Erster Bevollmächtigte der IG Metall war der bestimmende Mann in der hiesigen Gewerkschaftsbewegung. Und Heinz Müller war ja nicht nur in der IG Metall sondern auch gesellschaftlich gesehen eine bestimmende Persönlichkeit in Braunschweig, die überall Achtung und Anerkennung hatte. Es gibt kaum einen Gewerkschaftsführer in Braunschweig, der diese Position erreicht hat.

Heinz Müller gehörte zu denen die mich auch wollten. Es gab eine Reihe älterer Genossen die mir sagten: „Mach das". Deshalb habe ich mich auch bereit erklärt.

Ich war ja Bezirkssekretär der SPD – und ich habe dann gesagt, ich kann nicht auf Dauer Bezirkssekretär der Partei bleiben und zusätzlich Oberbürgermeister. Drum wollte ich auch in den Landtag.

Als Ötting doch nicht für den Bundestag kandidierte, wurde 1976 Klaus-Dieter Kühbacher der Bundestagskandidat. Er war damals im Landtag und sein Wahlbezirk war die Weststadt. Als er in den Bundestag gewählt wurde, ging ich in seinen Wahlkreis als Landtagskandidat. Später wohnte ich auch in der Weststadt.

Wir waren uns eigentlich alle einig – wir mussten 1976 bei der Kommunalwahl 3,5 Prozent mehr gewinnen als bei der vorherigen Wahl. Es war schon eine allgemeine Anstrengung aller. Damals waren die Gewerkschaften noch überwiegend sozialdemokratisch, und auch nicht nur Mitglieder, sondern engagiert in den gesellschaftlichen Prozessen dieser Stadt.

Das Ergebnis war dann, dass wir die Wahl gewannen. Wir mussten 1 Sitz gewinnen und den kriegten wir – sogar zwei mehr – und hatten dann die absolute Mehrheit.

Damit wurde ich dann – 1976 – der Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig.

Das war eine sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Geschichte. Wir SPD-ler wollten das mit der CDU nicht und die Gewerkschaften auch nicht. Heinz Müller von der IG Metall und Rose, der ja Baugewerkschaft war, die waren ja alle auf meiner Seite und selbst Sozialdemokraten.

Grothe, Mintus von der Eisenbahnergewerkschaft, eigentlich alle – ich wüsste gar keinen, der nicht Sozialdemokrat war. Das war damals noch eine Einheit.

Und ohne diese allgemeine Unterstützung hätte ich gar keine Chance gehabt gewählt zu werden.

Eva Stassek: Die 70er und 80er Jahre brachten grosse Umbrüche in der Braunschweiger Wirtschaft, in den Betrieben mit sich, tausenden Beschäftigten wurden ihre Arbeitsplätze vernichtet.

Gerhard Glogowski: Ja, Rollei, Voigtländer, Karges-Hammer, Lutherwerke, Wilkewerke und die Firma Olympia, die Fernschreiber hergestellt haben an der Hamburger Strasse, schlossen. Siemens ging runter – war in Gefahr. Das war eine schwierige Zeit in diesem Wandel.

Die Parteien schlugen sich die Köppe ein und die Wirtschaft brach auseinander. Was meine Erkenntnis damals war, wir müssen die Stadt kampffähig machen für Arbeitsplätze und Beschäftigung. Das hieß, das wir die klugen Köpfe der CDU, der SPD, der Gewerkschaften hinter eine braunschweigische Verabredung bekamen – „Packt“ haben wir damals ja nicht gesagt.

Ein krasses Beispiel wie das mit den Schließungen ablief kann ich von Olympia schildern:

Die Geschäftsführung kam um 11:00 Uhr zu mir ins Rathaus und sie sagten, sie schließen das Werk. Sie würden eine Pressekonferenz machen. Ich fragte: wann soll die sein?

Sie antworteten: Um halb Eins.

So war die Situation, wir waren völlig handungs- und kampfunfähig.

Eva Stassek: Ja – bei einem solchen Vorgehen der Geschäftsleitung sind alle Entscheidungen bereits getroffen, man kann praktisch nichts mehr beeinflussen.

Gerhard Glogowski: Das waren die Probleme die wir hatten. Die Stadt war ja eine Industriestadt – was ja heute keiner mehr weis. Siemens hatte 7000 Beschäftigte, VW 6500 Beschäftigte, Bühler-Miag hatte 5000 Beschäftigte, Lutherwerke waren über 3000 Beschäftigte und und und.

Das waren alles Betriebe, die nun nach Kriegsende durch die „Aussenlage“ der Stadt Braunschweig an der Ostgrenze, kaputt gingen. Und so beerdigten wir einen nach dem anderen.

Der Standort Braunschweig war ja nicht populär. Die Leute sagten nicht: „Oh – da wollen wir aber hin“. Wir fanden auch keine Investoren.

Eva Stassek: Was habt ihr damals gemacht? Wie habt ihr Investoren gesucht? Gab es schon eine Wirtschaftsförderung?

Gerhard Glogowski: Nein das gab es nicht. Sowas haben wir damals angefangen. Und wir haben ganz einfache Sachen gemacht.

Ich habe als Oberbürgermeister in Erfahrung bringen lassen, wer im Vorstand eines großen Unternehmens sitzt und gebürtiger Braunschweiger ist – oder seine Frau. Die haben wir alle eingeladen für ein Wochenende nach Braunschweig.

Die Stadtwerke haben das übernommen und bezahlt. Die Stadt konnte das nicht finanzieren. Und dann sind auch eine Reihe Leute gekommen.

Denen haben wir dann die Situation in Braunschweig geschildert und gefragt ob sie in ihren Unternehmen eine Chance sehen hier zu investieren. Es ging eigentlich darum, das Klima bei denen, die dafür ansprechbar waren für Braunschweig zu verbessern. Wir sind hier ja eine schöne Stadt und eine Stadt der man helfen kann.

Eva Stassek: Eine Stadt die auch Fachkräfte hatte, die wurden durch die Schließungen ja freigesetzt. Wahrscheinlich war die Arbeitslosigkeit auch relativ hoch.

Gerhard Glogowski: Na ja, damals hat VW ja viele absorbiert auch über die Arbeitslosen hinaus. Das ging ja soweit, dass ich mit dem Vorstand von VW in eine Diskussion kam, dass sie nicht die ganzen Facharbeiter aus den Unternehmen abschöpfen. Es war nicht so, dass die Leute plötzlich arbeitslos wurden, sondern der Heizungsinstallateur wurde ans Band eingestellt. Da verdiente er mehr als er vorher verdient hat. VW hat damals die besten Leute gekriegt – ohne Schwierigkeiten – und eben auch eingestellt. Die Fachbetriebe hatten Probleme Fachkräfte zu finden. Und meine Gespräche mit VW die in die Richtung gingen: „Macht das doch nicht, stellt doch andere Leute ein die fleißig sind, aber werbt nicht dem Mittelstand und dem Handwerk die Leute ab“. Da hat VW damals keine Rücksicht darauf genommen. Erst viel später haben sie diese Praxis verändert.

Es gab ja auch bei VW Leute die das Problem sahen, das sie damit ja im Grunde Arbeitslosigkeit produzierten. Denn für die Fachkraft die sie einstellten war keine Nachfolge-Fachkraft da, so dass diese Stelle offen blieb.

Wo wir eine Chance sahen waren die ganzen Bundesanstalten. Es ging darum die ganzen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Durch das Gelände der DLR[13] zum Beispiel ging damals noch eine Strasse. Die mussten wir „killen“ damit das Gelände zusammenhängend wurde. Wir haben uns sehr darum gekümmert, dass die wissenschaftlichen Institutionen, die es in Braunschweig ja bereits in erheblichem Umfang gab, gute Bedingungen hatten.

Wir wollten Bio-Technologie ansiedeln, wir hatten eine Anfrage der Blei-Chemie-Werke – die sind dann allerdings nach Meppen gegangen und produzieren heute noch ohne Probleme.

Es gab in diesem Prozess damals in Braunschweig eine erhebliche Diskussion, so dass nicht jeder, der hier investieren wollte auch gern gesehen war.

Die Blei-Chemie-Werke, die ernsthaft nach Braunschweig wollten, sind an diesem Widerstand gescheitert. Meine Aufgabe war es, den Rat dazu zu bringen, wenn es um Braunschweig geht, dann stimmen wir auch mal gemeinsam und nicht nach Parteigrenzen.

Das ist eigentlich auch gelungen – es kamen dann ja Toshiba und weitere.

Eva Stassek: Genau, das war ja dann die Idee von „Oker-Valley“ – analog Silikon-Valley in den USA. Ihr wolltet Technologie-Unternehmen herholen. Wessen Idee war das?

Gerhard Glogowski: Das war damals der Oberstadtdirektor Körner und ich. Ich wurde damals vom amerikanischen Staat eingeladen das Land zu besuchen – das wird jeder Politiker der um die 40 ist. Man kann selber aussuchen wo man dann hin will.

Eva Stassek: Tatsächlich – aha – ist ja interessant.

Gerhard Glogowski: Und da hatte ich eine Reihe von Technologiefirmen besucht und Kontakte hergestellt. Der Oberstadtdirektor Körner konnte gut mit Geschäftsführungen. Und der konnte vor allem gut mit den Asiaten.

Toschiba ist nach Braunschweig gekommen obwohl sie ursprünglich nach Hildesheim wollten. Der damalige Sozialminister brüstete sich öffentlich damit, was er für eine Tat gemacht hat die nach Hildesheim zu holen. Aber die Firmenspitze in Japan hatte das noch nicht abgesegnet. Und dann ist das bei den Japanern ganz ein fach so, dass, wenn ihr oberster Boss Aktivitäten noch nicht freigegeben hat – darüber aber bereits in der Presse berichtet wird, das Thema gestorben ist.

Dann hatten wir den Kontakt zu Toshiba, und die sind hierher gekommen. Körner konnte wie gesagt gut mit den Japanern, er war gleich groß, spielte auch Tennis und golfte, das fanden die japanischen Manager ganz doll – unter anderem deshalb klappte das in Braunschweig.

Es kamen damals ja einige Computerunternehmen hierher nach Braunschweig. Das war aber alles nicht von Dauer. Von Dauer war die Aufwärtsentwicklung Braunschweigs erst nach der Wiedervereinigung.

Davor hatten wir durch die Randlage zur Ostgrenze einen schlechten Stand.

Eva Stassek: Toshiba kam ja aber deutlich vor der Wiedervereinigung. Welche Firmen sind damals noch angesiedelt worden?

Gerhard Glogowski: Die Firma TEC – die stellten Waagen her, Comodore mit Computerproduktion … und dann träumten wir von Silikon-Valley – nein Oker-Valley.

Die Industrie in Braunschweig hat sich – gemessen an der Wirtschaftskraft vor dem Krieg, nicht entwickelt. Vor dem Krieg waren es deutlich über 30 000 Industrie-Arbeitsplätze und jetzt deutlich unter 20 000 eher 15 000 Arbeitsplätze.

Neben den vorhin aufgezählten großen Firmen die Arbeitsplätze abgebaut haben auch Mittelständler wie Schmalbach-Lubeka und andere – alle weg.

Braunschweig war eigentlich industriell aufgestellt – wir haben dann auf Dienstleistung gesetzt.

Wenn man mal die Wirtschaftskraft der Stadt sieht – wir haben ja 100 Millionen Gewerbesteuereinnahmen gehabt – heute über 250 Millionen Euro. Die Wirtschaftskraft damals war ja nicht gut.

Die Wirtschaftskraft die Braunschweig heute hat, hat sie aus der Wiedervereinigung gewonnen. Das war ein Glücksfall für Braunschweig. Denn diese Narben die überall gerissen wurden – im Industrieellen Bereich – sind ja alle geblieben. Die Zuwächse kommen erheblich aus dem Dienstleistungsbereich.

Eva Stassek: Welche Branchen sind das im wesentlichen?

Gerhard Glogowski: Finanzdienstleistungen zum Beispiel, VW Financial Services. Das ist ja auch ein Deal gewesen, den wir gegen Wolfsburg gewonnen haben. Damals Anfang der 1980er Jahre war es ja noch die VW-Kredit-Bank. Die wollte weg aus Wolfsburg. Die waren damals noch angegliedert ans Werk in Wolfsburg – die waren eine Abteilung.

Und ein Freund von mir, der Kenntnis davon hatte, erzählte mir, dass die nach Frankfurt wollten.

Die haben wir damals eingeladen ins Restaurant im deutschen Haus. Wir haben vorgeschlagen dass sie nach Braunschweig kommen auf das frei gewordene Gelände von Olympia an der Hamburger Straße. Und dann bin ich zu Frau Breul. Die war damals niedersächsische Ministerin für Wirtschaft und Verkehr, und habe ihr gesagt: „Sie könne Prinzipien haben wie sie wollen – aber die Stadt Braunschweig geht kaputt, sie müssen uns helfen“.

Die Leute die damals bei der VW Bank gearbeitet haben waren ja VW-Leute, die konnten ja keine richtige Voll-Bank. Der damalige Chef hieß Schmidt mit dem haben wir gesprochen. Die Leute mussten ihren Arbeitsort von Wolfsburg nach Braunschweig wechseln. Dafür gab es Ausgleiche und Zuschüsse. Und damit das nach Braunschweig kam und die Arbeitsplätze in Niedersachsen blieben hat VW 11 Millionen vom Land erhalten. Damals waren das ja nur 400 Beschäftigte. Heute sind sie über 6000!

Mit Dienstleistern über 7000!

Wir haben die Gespräche damals nicht öffentlich geführt. Die Betriebsräte vom VW Konzern aber natürlich mit einbezogen, Sigfried Ehlers als Gesamtbetriebsrats-Vorsitzender – und die Betriebsräte von der Bank. Sie waren dafür.

Ich hatte immer Informationen darüber was intern diskutiert wurde, denn ich kannte privat Leute von der Bank und aus den Betriebsräten.

Nach Schmidt wurde Norbert Masfeller der Vorstandsvorsitzende der VW Bank . Er trennte die Bank und die Finanzdienstleistungen damit die Bank richtig wie eine Bank agieren konnte.

Deswegen hatte er große Kämpfe mit dem Betriebsrat, hat er aber so durchgesetzt. Seine These war: „was ich in Deutschland machen muss mache ich hier in Braunschweig – was ich in der Welt machen muß, mache ich da“. Damit hat er aber die Arbeitsplätze in Braunschweig aufgebaut.

Diese Beschäftigungs-Entwicklung hatte ja keiner vorhergesehen, aber das war sehr gut für das Selbstbewusstsein im Rat! Das Ergebnis war, das wir kleine Erfolge hatten, die sich später als sehr große Erfolge herausstellten.

Das ist mir eigentlich auch nur deshalb so gut gelungen, weil ich IG Metaller war und mit den Betriebsräten gute Kontakte hatte – auch mit denen in Wolfsburg.

Die Wolfsburger Metaller haben dem zugestimmt, weil es denen lieber war, die Arbeitsplätze kommen nach Braunschweig als nach Frankfurt. Aber klar war den Verantwortlichen, sie mussten da raus (aus dem VW-Werk), denn sie wären nie das geworden was sie heute sind.

Das waren hochspezialisierte Fachleute, aber keiner hätte das Bankgeschäft machen können wie es heute ist. Das hat sich also alles gut entwickelt und das haben wir als Stadt Braunschweig, soweit Interessenlagen da waren, ja mit vertreten. Die mussten sich am Standort auch ausdehnen – wir haben die Bebauungspläne dazu überarbeitet. Das ist im Rat der Stadt auch immer einstimmig gelaufen.

Heute ist der Rat nicht mehr so einstimmig. Aber klar, wenn es einem besser geht ist es anders. In schlechten Zeiten hält man besser zusammen.

Aber so haben wir diesen Prozess gestaltet, aber niemals geglaubt, dass wir Braunschweig wieder zu einer Industriestadt machen könnten. Wir mussten auf Dienstleistung gehen um Beschäftigung herzubekommen.

Eva Stassek: Hattet ihr spezielle Programme oder Vorgehensweisen im Rat, in der Wirtschaftsförderung aufgelegt zur IT-Firmen und TEC-Firmen Akquise?

Gerhard Glogowski: Der Oberstadtdirektor Körner ist nach Amerika geflogen und hat sich das genau erklären lassen wie die vorgegangen sind – zum Beispiel im Silikon Valley. Das haben wir dann versucht zu imitieren.

Und die Firmen kamen ja auch dann – blieben einige Jahre – was uns übrigens auch geholfen hat, weil es Arbeitsplätze waren. Aber sie blieben nicht dauerhaft.

Unsere Vorstellung Braunschweig dauerhaft mit Arbeitsplätzen zu versorgen hat sich nicht so erfüllt wie wir uns das vorgestellt haben.

Aber am Anfang gelang es uns mit dieser Idee Betriebe nach Braunschweig zu holen und sie am Hafen anzusiedeln. Die Namen haben wir ja zuvor aufgezählt.

Meine Meinung ist ja: es sind Menschen die die Welt gestalten – und wie gesagt – der Körner konnte mit den Japanern – die hatten so ihre Eigenheiten.

Nehmen wir mal Toshiba: die haben sich erstmal ein halbes Jahr darüber unterhalten, welche Sträucher sie auf das Gelände pflanzen. Die haben erstmal das Aussengelände geplant – das war für die ganz wesentlich. Nebenbei haben sie die Fabrik gebaut.

Ich habe später nicht mehr teilgenommen an den Gesprächen – das hielt ich nicht aus.

Wir haben darauf geachtet, dass während des halben Jahres Verhandlungen nichts nach außen dringt – denn wenn die Presse nur eine Zeile geschrieben hätte – hätten die in Tokio wieder gesagt: nächster Standort. Weil die Japaner halt so sind.

Es gab eine Delegation des Landes Niedersachsen nach Japan an der Oberstadtdirektor Körner teilgenommen hat. Als Oberstadtdirektor war er in den Augen der Japaner der einzige Chef. Also haben die Japaner immer ihn als erstes gegrüßt, dann den Wirtschaftsminister, den Sozialminister und wer immer noch mit dabei war.

Die Stimmung war dann so, dass Firmen Interesse an uns hatten. Wir haben uns auch sehr darum bemüht. Für uns war das eine Chance. Und wenn jemand auch nur 5 Jahre hier blieb – waren es für 5 Jahre Arbeitsplätze. Man sagt ja heute immer, wenn ein Unternehmen nur kurz bleibt ist es ein Flop. Das sehe ich nicht so – denn es sind immerhin für mehrere Jahre Arbeitsplätze.

Eva Stassek: Wie hast du die IG Metall in dieser Zeit erlebt.

Gerhard Glogowski: Bei der IG Metall folgte nach Heinz Müller der Wolfgang Leuendorff. Zu dem hatte ich auch ein gutes Verhältnis. Anfang der 1990er Jahre kam dann Udo Klitzke. Wir haben ja dann gemeinsam „RESON“[14] gemacht.

Ich war damals als Innenminister des Landes Niedersachsen auch für die Raumordnung zuständig. Wir mussten damals, 1995, das Raumordnungsprogramm[15] machen. Das haben wir dann mit RESON gemacht. Das war das erste und leider auch einzige mal, dass an einem Raumordnungsverfahren die IG Metall und andere Gewerkschaften mitgewirkt haben und dieses auch entscheidend beeinflusst haben.

Das hat später auch leider nicht alle Leute überzeugt und blieb eine einmalige Geschichte. Aber meine Idee war eben, dass alle Kräfte die in einer Region wirksam werden, dabei sein müssen. Deshalb waren die großen Industriebetriebe, wie die Hütte aus SZ, Volkswagen, die Gewerkschaften und natürlich viele weitere Akteure dabei.

Meine Einstellung war: Das bessere Argument ist eben das Beste!

Heute ist der Innenminister ja nicht mehr zuständig dafür, das macht ja der Regionalverband.

Wir haben damals aber auch in anderen Regionen Niedersachsens dieses Raumordnungsprogramm gemacht. Zum Beispiel in Wilhelmshafen den Tiefseehafen – der ein großer Erfolg ist. Wir hatten da leider nicht die Struktur wie hier, mit dem Ergebnis das die SPD-Fraktion in Wilhelmshafen daran zerbrochen ist. Denn, die einen waren dagegen, die anderen in der Fraktion dafür.

Raumordnerisch musste der Minister darauf achten, dass es auch umgesetzt werden kann und Perspektive hatte. Wir haben das ja nicht Willkürlich gemacht – wir wollten Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Stadt Perspektiven hatte Beschäftigung und Arbeitsplätze aufzubauen.

Auch die Gewerkschaften hatten in Wilhelmshafen kein Interesse daran.

Hier in Braunschweig schon – und auch VW hatte starkes Interesse an einer Mitarbeit.

Eva Stassek: Das ist erklärbar, denn VW stand damals ja unter starkem Druck der IG Metall. Sie wollten damals am liebsten ja 30 000 Beschäftigte abbauen und die IG Metall hat gesagt, das kommt gar nicht in Frage. Damals hat die IG Metall gesagt – es gibt mehrere Stränge an denen gearbeitet werden kann: kurzfristig mit Arbeitszeitabsenkung auf 28,8 Stunden um die Beschäftigung zu halten. Perspektivisch muss aber daran gearbeitet werden, welche Beschäftigungsfelder neu aufgebaut werden können!

Gerhard Glogowski: Sie wollen immer 30 000 abbauen. In der Zeit wurde Piäch Vorstandsvorsitzender. Er war solchen Gedanken durchaus zugeneigt. Ich denke, Piäch hat eine gute Rolle für die Region gespielt. Wenn man zurückgreift in die 1970er Jahre, da war der VW Vorstand Hr. Leiding.

Sein Spruch war: „Heu machen solange die Sonne scheint“.

Der hatte auch 30 000 als Abbauziel für Beschäftigung. Ich habe ihm deswegen geschrieben – er hat mir dazu geantwortet: „VW sei ein Internationales Unternehmen und sie können sich mit solchen regionalen Problemen nicht beschäftigen“ – damit war das für ihn erledigt.

Piäch hat die Regionalentwicklung unterstützt und es ist ja so – wenn der Chef ja sagt, sagt unten auch keiner mehr nein. Der VW Betriebsrat – mit Klaus Volkert an der Spitze, hat sich auch sehr eingesetzt für RESON damals. Ich weiss gar nicht ob es die Agentur immer noch gibt.

Eva Stassek: Ja klar – abgewandelt heute ist es die „Allianz für die Region“. Sie arbeiten nach wie vor an der Technologie-, Unternehmens und Beschäftigungsentwicklung der Region. Zum Beispiel an Wasserstoffprojekten oder der Transformation durch die Elektromobilität und Umweltthemen.

Gerhard Glogowski: Ja stimmt – sie haben sich weiter entwickelt. RESON war ja nicht meine Erfindung damals – aber ich fand die Idee sehr gut und habe sie ganz schnell angenommen alle regionalen Akteure einzubeziehen und habe sie deshalb beteiligt am Raumordnungsprogramm.

Eva Stassek: Das war ja ein großes Projekt damals. Die TU war damals mit Professor Klaus Lompe von wissenschaftlicher Seite dabei. Er hat ja bereits in den 80er Jahren zur Beschäftigungsentwicklung geforscht. Er hat die IG Metall und die Gründungs-Akteure sehr gut beraten und unterstützt. Die Gebietskörperschaften waren dabei, etliche Industrieunternehmen der Region.

Gerhard Glogowski: Ja der Klaus Lompe hatte großen Einfluss auf mich. Ich habe seine Bücher gelesen und vor allem auch mit ihm diskutiert. Sein Ansatz hat mich überzeugt und eigentlich kann man sagen – er ist der geistige Vater von RESON. Und ich habe in meiner Politik als Innenminister und Ministerpräsident diese Politik umgesetzt.

Nicht immer zur Freude der Oberkreisdirektoren. Die sozialdemokratischen Oberkreisdirektoren hatten mich sogar einmal eingeladen zu einer ihrer Zusammenkünfte nach Hildesheim um mir zu erklären, dass ich ein Idiot bin. Das sie das gar nicht gut fänden wie ich agiere. Meine Antwort darauf war: „Das mag sein, aber ich habe die Macht das so umzusetzen und ich mache so weiter – weil es vernünftig ist!“ Die Kräfte einer Region müssen für solche Aufgaben gebündelt werden – die Leute die da Arbeiten und machen. Oberstadt- bzw. Kreisdirektoren sind nicht die einzigen Akteure in einer Region deshalb ist es gut die anderen Akteure einzubeziehen.

Eva Stassek: Ja das war das Problem – dieses Kirchturmdenken. Jeder plante und machte da für seine Kommune oder Gebietskörperschaft und eigentlich war es ihnen egal was nebenan geschah. Der IG Metall und ihren Mitgliedern aber nicht. Die Menschen waren in der Region mobil – wohnten hier und arbeiteten da. Es brauchte Beschäftigung und Lösungen für die Fläche.

Gerhard Glogowski: Ja das sah ich auch so – und die IG Metall hat sich da sehr stark gemacht. Der damalige IG Metall-Bevollmächtigte in Braunschweig war Udo Klitzke das war 1992. Die Funktionäre der IG Metall und die Betriebsräte wollten das ja auch. Das hatte ja vorweg eine interne Diskussion der Beteiligten vorausgesetzt. Das war gut so.

Für mich war es eine Möglichkeit zu beweisen, dass man solche staatlichen Aufgaben in Beteiligungsprozessen durchführen kann. Es war sehr erfolgreich – auch wenn es leider keine Nachahmer gefunden hat. Und es hat gezeigt, dass es möglich ist. Und es war nicht falsch es war eine gute Geschichte.

Das war es, weil alle Beteiligten ein Ziel hatten – die Region nach vorn zu bringen.

Heute sieht man, wie schwierig es ist, sogar nur einen Pfeiler für ein Windrad aufzustellen. Man kann solche Prozesse so organisieren, dass man hinterher nicht nur Krach hat – indem man die relevanten Akteure gleich von Anfang an beteiligt.

Eva Stassek: Du hast als Oberbürgermeister Braunschweig, als Innenminister als Ministerpräsident tiefe Einblicke in Zusammenhänge gehabt, natürlich auch die Aufgabe zu gestalten. Du warst auch in wichtigen Gremien wie Aufsichtsräten, dem Grossraumverband etc. Was waren deine primären Ziele dort?

Gerhard Glogowski: Ja vor dem Aufsichtsrat VW war ich bereits im Aufsichtsrat der BKB (Braunschweigische Kohlen-Berkwerke). Ich bin ja 1974 mit 31 Jahren Fraktions-Vorsitzender des Großraumverbandes geworden. Es gab ja vor dem Zweckverband den wir heute haben, den Großraumverband, der viel größere Möglichkeiten hatte. Wir sind auch da so vorgegangen, die Kräfte der Region zu bündeln um was Gutes zu erreichen. Und wir haben dann zum Beispiel den Tankumsee in Gifhorn zum Erholungsgebiet ausgebaut. Das haben wir damals geplant und auch finanziert. Der Landkreis Giffhorn hat vielleicht auch was dazugezahlt, das weis ich heute nicht mehr. Das wirkte über die Grenzen der einzelnen Kommune hinaus – und das wollten wir auch für die Region.

Ich war immer in Gremien, die sich über Stadt- oder Kreis-Grenzen hinaus Gedanken machen mussten.

Ich habe ja in meinen Reden früher immer spöttisch gesagt, dass wenn der Oberkreisdirektor im Sommer aus seinem Kreis rausfährt, reibt er sich verwundert die Augen und stellt erschrocken fest: „Um Gottes Willen, hier leben ja auch noch Menschen."

Das Problem war, dass häufig so gehandelt wurde, dass, wenn die neugebaute Strasse nach z.B. Helmstedt ihren Kreis verlassen hatte, dann war der Gedanke daran verschwunden.

Nicht bei allen, nicht immer, aber zu viel.

Deshalb war bei mir dieses regionale Denken. Wir müssen regional gestalten was gestaltet werden kann. Und wir müssen natürlich den jeweiligen Akteuren im örtlichen und räumlichen Bereich, bei der Stadt Braunschweig, im Landkreis Wolfenbüttel, in Wolfsburg – wo auch immer – ihre Aufgaben machen lassen – die wollten wir im Großraum ja nicht machen. Aber die den jeweiligen Kreis, die Stadt verlassenden /übergreifenden Themen – die wollten wir gestalten.

Unser Problem in der Politik ist, dass die Politiker die planen in den Kreistagen – die in den Städten planen weniger – die wollten jeden Einfluss auf ihre Entscheidungen verhindern. Und das schafft in einer solchen dicht besiedelten Region wie hier bei uns nur Probleme. Es waren im übrigen auch oft Sozialdemokraten.

Da wurden auch ihre jeweiligen Abgeordneten im Landtag auf ihre Themen und Entscheidungen eingeschworen. Und das macht es dann schwer übergreifende Lösungen zu finden.

Im Großraumverband haben wir uns dann über solches Kirchturmdenken drüber weg gesetzt und das auch im Land durchgesetzt.

Der der das begonnen hat war der Junghans[16].

Wenn wir Eisenbahn oder ÖPNV-Zuschüsse haben wollen, zum Beispiel wenn von Braunschweig nach Wolfenbüttel eine Verkehrsverbindung eingerichtet werden soll, müsste die vergebende Zuschuss-Stelle mit zwei oder drei

Landkreisen sprechen. Das ist unpraktisch und zeitaufwändig. Deshalb wurde der Zweckverband eingerichtet, der diese Aufgaben zu erledigen hatte.

Das haben wir 1974 gesetzlich und politisch durchgesetzt. Eigentlich war das ein Kind des Bezirkes Braunschweig.

Eva Stassek: Zur Industriestruktur – zum größten Unternehmen der Region Volkswagen, die hier in der Region neben Wolfsburg noch Werke in Salzgitter und in Braunschweig haben. Bei letztgenanntem stand es ja so manches Mal auf Messer Schneide wie es weiter geht. Es gab da Begehrlichkeiten von Vorständen sie zu schließen. Braunschweig hatte Schwierigkeiten Flächen zur Verfügung zu stellen. Während Salzgitter den Vorteil hatte Platz zu haben, war es bei uns in Braunschweig aufgrund der Lage mitten im Stadtgebiet immer eng.

Gerhard Glogowski: Der Vorstand wollte Braunschweig unbedingt verkaufen – das war kritisch. Und das Platzproblem – rundherum die Kleingärten am Eintrachtstadion die für eine Werks-Erweiterung ja auch mal weichen mussten.

Eva Stassek: Was uns als IG Metall und den Betriebsräten, den Beschäftigten immer geholfen hat war das VW-Gesetz[17]. Bei solchen tiefgreifenden Entscheidung hatte das Land durch das Gesetz wirklich auch gute Einflussmöglichkeiten. Wie schätzt du das ein, wenn du an diese Zeiten denkst wo das immer mal zur Disposition stand. Als Landesvater hast du ja auch Interesse dran gehabt das die Fabrik und die Arbeitsplätze bleiben.

Gerhard Glogowski: VW wollte damals aus diesen Zwängen des VW Gesetzes raus kommen. Sie wollten eine Kapitalerhöhung machen und die hätte dazu geführt, dass der Anteil des Landes gesunken wäre und das Land seine Sperrminorität verloren hätte. Gerhart Schröder als damaliger Ministerpräsident hatte der Kapitalerhöhung zugestimmt. Sie haben damals noch nicht mal begründet, wofür sie die Kapitalerhöhung wollten.

Ich saß als Innenminister damals im VW Aufsichtsrat – und habe gesagt: „Das mache ich nicht mit."

Keiner wusste von dieser Sache – der Finanzminister kannte das Thema auch nicht.

Das hatte VW und der damalige Aufsichtsratsvorsitzende der von der RuhrGas kam abgesprochen. Und als ich nachfragte im Aufsichtsrat, wurde geantwortet, dass der Ministerpräsident zugestimmt hatte.

Ich will keinen anschwärzen, aber: Gerhard Schröder war schnell – nicht immer gründlich in seinem Leben.

Diese Versuche hat es ja öfter gegeben. Warum: weil das Land über das Gesetz ja tatsächlich VW einengt hat in der Standortfrage.

Selbst wegen Osnabrück, wegen Karman, hatte ich mit Piäch geredet. Aber er sagte: solange die Eigentümer im Privatjet durch die Gegend fliegen, sieht er nicht ein als VW da was zu machen.

Also, wir haben uns als Land eingemischt – in die Standortfrage – das war uns wichtig – aber nicht in die Produktion, Strategie oder so.

Wir haben gesagt wir wollen das Gesetz und den Einfluss des Landes behalten, weil es uns diese Standortsicherheit gibt. Ein Werk in Mexiko oder in Shanghai ist schnell gebaut, und dann ist das Werk hier in Braunschweig schnell weg wenn das Unternehmen es so will.

Letztlich, wenn es massive wirtschaftliche Probleme gibt und das Unternehmen kaputt geht, nützt auch das Gesetz nichts. Aber solange das Unternehmen es wirtschaftlich schafft, kannst du das beeinflussen. Ohne das Land Niedersachsen gäbe es viele Unternehmen nicht mehr.

Ich glaube auch das VW Braunschweig nicht mehr wäre, weil es immer diese Bestrebungen gegeben hat. Unabhängig davon, was die Arbeitnehmer*innen bei VW Braunschweig geleistet haben.

Um das Werk hier zu erhalten ist auch verhindert worden, dass die Entscheidung es zu veräußern durchgesetzt wird. Und so hat es sich sehr positiv ausgewirkt. Und später war man ganz froh das das Land da noch drin ist.

Konzernvorstände denken in fünf Jahren. Das Land muss in Jahrhunderten denken. Es ist eine andere Denke und eine andere Situation.

Aber ich will noch mal sagen, wenn das Unternehmen eine Kapitalerhöhung machen will und sie das vernünftig begründen, kann man schlecht was dagegen machen.

Aber ich sagte: „Ich will meine Rechte als Land nicht verlieren. Das konnte ich allein als Begründung aber nicht anführen " Ich habe Norbert Masfeller (Vorstand der FSAG) gefragt was man da machen könne. Er riet mir, ein Gutachten einzuholen. Deshalb habe ich als Land die „Lehman Brothers" damit beauftragt eines zu erstellen. Die „Brothers", die später pleite gegangen sind – die konnte Piäch auch nicht ab.

Und dann habe ich Piäch gesagt, dass ich ein Gutachten hätte – wie man eine Kapitalerhöhung macht ohne die Anteile zu verschieben. Indem man etwas verkauft. Ich habe ihm gesagt: „Verkaufen sie doch die Financial Services, kriegen sie 8 Mrd. für die Kapitalerhöhung – damals – heute würde man mehr kriegen. Ich habe auch schon einen Käufer. Das war die Nord LB damals. Die hätten das auch gemacht. Ich hatte mit dem Vorstand der NORD LB gesprochen.

Piäch wollte das Gutachten haben – ich habe den Finanzminister gebeten es ihm zu geben.

Ich wollte das alles ja gar nicht. Dieses Gutachten hatte den Zweck, dem Vorstand von VW aufzuzeigen, dass der Miteigentümer – das Land – nicht bereit ist seine Rechte wehrlos hinzugeben. Es ging nicht um die Anteile, sondern um unsere Rechte als Land.

Danach war Ende mit solchen Bestrebungen. Bis dahin hatte ich den Eindruck, dass es das Ziel den Landeseinfluss zu minimieren, immer wieder gab. Die Sorge hatte ich schon.

Piäch hat nie wieder davon angefangen. Wir haben uns – so ein mal im viertel Jahr – in Ridagshausen, meistens zum Frühstück, getroffen, und er hat mir dann verschiedene Themen aus dem Konzern erläutert. Da war er wie ausgewechselt. Aber er hatte auch gemerkt – mir war es ernst mit meiner Haltung zu den Rechten des Landes was VW angeht.

Ich hatte ja das Problem, die Kapitalerhöhung konnte ich nicht ablehnen. Ich konnte auch sagen: „Geben sie doch Audi an die Börse, geben 40 Prozent Aktien raus, haben sie auch eine Kapitalerhöhung". Ich musste das Argument aushebeln, das das Land aus egoistischen Gründen – es verliert Rechte – das verhindert – nicht bereit ist einer „notwendigen" Kapitalerhöhung zuzustimmen.

Das Gutachten von „Lehman Brothers" brauchte ich eigentlich gar nicht für meine Argumentation – ich brauchte es aber für eine etwaige öffentliche Auseinandersetzung, falls VW davon nicht abgerückt währe. Da hätte ich ja argumentieren müssen

Eva Stassek: Also uns hat es aus Arbeitnehmersicht immer geholfen, dass das Land diese Anteile hatte. Das hat uns den Rücken gestärkt.

Gerhard Glogowski: Was ist die Interessenlage des Landes? Das ist die Standortfrage, die Anzahl der Arbeitnehmer und die Steuerfrage. Der Betriebsrat, Gewerkschaft und das Land hatten immer grundsätzlich die gleichen Interessen und haben die gleiche Auffassung gehabt und uns schon deshalb gut verstanden.

Wir wollten uns ja nicht in das operative Geschäft einmischen – wir wissen ja nicht wie man ein Auto baut – da hatte der Betriebsrat mehr Einblick. Aber die Standort- und Beschäftigungsfrage war für uns wichtig!

Eva Stassek: Noch eine Frage zum Mittelstand. Wir hatten und haben ja gerade in der IG Metall-Geschäftsstelle Braunschweig viele Maschinenbauer: BMA, Bühler, Lanico, BHW sowie Welger und MKN in Wolfenbüttel nur um einige zu nennen. Die meisten sind sehr spezialisiert. Sie waren häufig in einer finanziell angespannten Situation und reagierten dann wie in den meisten Fällen Unternehmen damit umgehen: dass sie Leute rausschmeissen wollten. Wir haben versucht die Belegschaft an Bord zu halten indem wir sie unterstützen, diese finanziellen Engpässe zu überbrücken. Das Land stellt für solche Zwecke ja Bürgschaften zur Verfügung, die nach eingehender Prüfung der Situation und in einem abgestimmten Verfahren, in dem auch die Arbeitnehmer gehört werden, vergeben werden um zu unterstützen. Das war zumeist sehr hilfreich.

Gerhard Glogowski: Ja, ich erinnere mich an eine Situation bei der Firma Welger in Wolfenbüttel. Die waren fast Pleite. Sie hatten zu viele Flächen die bewirtschaftet werden mussten, zu wenig rentables Geschäft. Ich sprach damals auch in einer Betriebsversammlung bei ihnen. Wir haben als Land ein Gutachten finanziert und anschließend Bürgschaften genehmigt. Das Land hat dadurch mit dafür gesorgt, dass das dieses Unternehmen weiterhin eine Zukunft hat – und viele weitere Unternehmen auch.

Es gab große strukturelle wirtschaftliche Veränderungen in Braunschweig und der Region.

Vor dem Krieg kamen 50 Prozent der Maschinenbauteile für Mühlen aus Braunschweig – im wesentlichen von den Firmen Miag und BMA. Es gab ja auch die Müllerschule – es kamen Leute zur Ausbildung aus der ganzen Welt. Das wurde danach anders – dieses Geschäft ist auch kaputt gegangen.

Eva Stassek: Das war auch das Schicksal der optischen Industrie in Braunschweig, die haben den Sprung in die Elektronik und Digitalisierung verpasst.

Gerhard Glogowski: Die „Rollei 35“ war die beliebteste Kamera der Welt – sie war mechanisch. Der Vorstand von Rollei ging damals nach Singapur und baute dort ein Werk auf mit 6000 Leuten für diese Kamera. In diesem Glanz sind die in Malaysia gestartet.

Das funktionierte aber alles nicht. Die Logistik und anderes bekamen sie nicht hin. Die Nord LB gab ihnen hohe Kredite – vorher war das die Braunschweigische Staatsbank. Die Pleite von Rollei hat 700 Millionen gekostet. Sie waren der größte Investor der damaligen Zeit in Singapur. Sie haben damals aber übersehen, dass es zwischenzeitlich in Japan ganz andere Entwicklungen gab – die Elektronik.

Das war ein riesen Desaster – was das alles gekostet hat, als das Werk für 6000 Leute, nach einigen Jahren geschlossen wurde.

Wenn man sich die optische Industrie hier anschaut – Voigtländer zum Beispiel – hätte gar nicht geschlossen werden müssen. Es war nicht immer die wirtschaftliche Situation. Zeiss hat die abgeworfen – es war eine Entscheidung in der Konzernzentrale die Firma in Braunschweig dicht zu machen.

Eva Stassek: So, wir setzen jetzt einen Punkt obwohl es sicher noch ganz vieles interessantes zu berichten und zu erfahren gäbe. Gibt es noch etwas, was du zum Schluss sagen möchtest?

Gerhard Glogowski: Was mir wichtig ist – weil das immer ein Teil meiner Politik gewesen ist: wenn es um das braunschweigische geht, dass alle Kräfte die daran mitwirken auch zusammen wirken sollen. Von der Bank über die Gewerkschaften, die Industrie- und Handelskammer und die ganzen anderen Akteure die wir immer einbezogen haben. Das die gemeinsam sagen: Wir wollen das!

Wir haben die Herausforderungen in der Stadt nur so geschafft. Zum Beispiel auch die „Stadt der Wissenschaft“ zu etablieren – weil alle diese Kräfte zusammen gewirkt haben.

Dazu braucht es im Rat fraktionsübergreifend Persönlichkeiten, die aus innerer Überzeugung sagen: „Wir wollen erstmal gucken was wir für Braunschweig tun können“ – und dann erst – „wo wollen wir Krach machen.“

Es wäre besser, wenn man gemeinsam Kraft entfaltet. Also zusammengefasst ist meine Maxime und Botschaft: „Das wir in Braunschweig braunschweiger Interessen gemeinsam vertreten.“

Eva Stassek: Gerhard, das waren jetzt viele tiefe Einblicke in die politischen Zusammenhänge deren Hintergründe – aber auch in dein persönliches Umfeld. Vielen dank, dass du bereit warst diese Rückschau mit uns zu machen und verdeutlicht hast – was dein Motor, Ansporn und die Herausforderung für deine Gewerkschaftsarbeit, IG Metall-Aktivitäten und deine politische Laufbahn war. Dein Anteil an bestimmten Entwicklungen und deine Motivation dazu sind gut deutlich geworden. Es war ein sehr interessantes Gespräch – Danke dafür.

ENDNOTEN

1 HWP = Die Universität entstand aus der im Herbst 1948 gegründeten Akademie für Gemeinwirtschaft mit Sitz in Hamburg. Initiatoren für die Gründung waren Genossenschaftler, Gewerkschafter und Sozialdemokraten, die 1945 nach den Erfahrungen mit Wissenschaftlern während der Zeit des Nationalsozialismus die Universität demokratisieren und reformieren wollten. An der Universität sollte je ein Lehrstuhl für Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen gegründet und der Führungsnachwuchs der Gewerkschaften und Genossenschaften sollte wie der Nachwuchs für leitende Stellen in der Wirtschaft an der Universität ausgebildet werden. Anfänglich wurden 80 Studierende pro Jahr und Lehrgang ausgebildet. Vorbild für den institutionellen Aufbau und den Lehrplan wurde die 1920 gegründete Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main.

2 Hans-Böckler-Stiftung (HBS) = Als gewerkschaftliches Begabtenförderungswerk unterstützt die HBS talentierte junge Menschen entlang der Bildungsbiografie vom Abitur bis zur Habilitation. Damit leistet die HBS einen erheblichen Beitrag zu mehr Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt. Dabei entwickelt sie gezielt gerade auch Talente aus bildungsbenachteiligten Bevölkerungsschichten und sorgt so für mehr Diversität in Führungspositionen und entscheidenden Institutionen unserer Gesellschaft. Mehr als 60 Prozent der Geförderten sind Erstakademiker*innen. Jede*r dritte hat die Hochschulzugangsberechtigung über den zweiten Bildungsweg erlangt und 39 Prozent der HBS-Studierenden haben einen Migrationshintergrund. Als Grundsatz hat die HBS, dass Bildung und gesellschaftliche Teilhabe nicht von der sozialen Herkunft abhängen darf. Daher soll gerade denjenigen ein erfolgreiches Studium ermöglicht werden, für die der Weg zum Abitur über den Zweiten Bildungsweg oder an die Hochschule keine Selbstverständlichkeit ist. Die Stipendiat*innen erbringen überdurchschnittliche Leistungen, übernehmen gesellschaftliche Verantwortung und treten für eine stärkere Verankerung von Mitbestimmung in den Betrieben und der Gesellschaft ein. Bei und mit den Stipendieaten wird der Erwerb besonderer fachlicher Kompetenzen sowie eine sozialverantwortliche Haltung gefördert und damit für den Berufseinstieg und die Erreichung einer verantwortungsvollen Position die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen. Das Fundament der Hans-Böckler-Stiftung bilden die Förderinnen und Förderer. Mit ihren regelmäßigen Zuwendungen ermöglichen sie unsere Arbeit. Fast 7000 Menschen gehören zu diesem Kreis: Arbeitnehmervertreter*innen in Aufsichtsräten, die den Großteil ihrer Vergütungen an uns abführen, auch Einzelpersonen und Institutionen.

3 SHD = sozialdemokratischer Hochschulbund – 1960 Abspaltung vom SDS

4 SDS = sozialistischer deutscher Studentenbund, gegründet 1946 von der SPD – Ausschluss aus SPD 1961, ab da unabhängiger Studentenbund bis zur Selbstauflösung 1970

5 Adi (Adolf) Ostertag = 1971–1990 pädagogischer Leiter des IG Metall-Bildungszentrums Sprockhövel, 1990–2002 SPD-Bundestagsabgeordneter mit Direktmandat im Enneppe-Ruhr-Kreis

6 Heinz Dürrbeck = IG Metaller + Betriebsrat bei AEG in Braunschweig, ab 1954 Vorstandsmitglied IG Metall für Angestellten- und Bildungsarbeit. Er setzte sich für die Qualifizierung von betrieblichen Bildungsobleuten ein zur Professionalisierung und Steigerung der betrieblichen Bildungsplanung und -Teilnahme der gewerkschaftlichen Funktionäre.

7 Heinz Matthöver = Mitte der 50er Jahre bis 1957 Abteilung Wirtschaft beim Vorstand der IG Metall, dann Gewerkschaftsataché Organisation für europäische wirtschaftliche Kooperation OEEC, 1960–1972 Bildungsabteilung IG Metall-Vorstand, SPD Bundestagsabgeordneter von 1961–1987, 1973–84 SPD Parteivorstand, u.a. Parlamentarischer Staatssekretär

8 LBJ = gemeint war der damalige Präsident der USA (1963–1969) – Lyndon Baines Johnson (LBJ) gemeint.

9 Concordat (geschlossen 1965) = Vereinbarung zw. Land Niedersachsen und der Katholischen Kirche, um ihr Verhältnis in freundschaftlichem Geiste zu festigen und zu fördern

10 Erich Ollenhauer = war von 1952–1963 SPD Parteivorsitzender und Fraktionsvorsitzender im da. Bundestag in Bonn. Zuvor seit 1946 Sekretär im Gründungsbüro der SPD in Hannover und Stellvertreter von Kurt Schumacher.

11 Otto Brenner stammt aus Hannover. Von Beruf Elektromonteur, ab 1946 Vorsitzender der „Wirtschaftsgruppe Metall“ des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes. Anfang 1947 Erster Bevollmächtigter der Metall Hannover , Ende es gleichen Jahres Bezirksleiter des IG Metall Bezirkes Hannover. Er organisierte den ersten Streik der Nachkriegsgeschichte bei Bode-Panzer in Hannover um mehr Mitbestimmung für den Betriebsrat zu erreichen. Dieser Streik wurde erfolgreich mit einer Vereinbarung zur umfassenden Mitbestimmung des BR u.a. auch bei wirtschaftlichen Angelegenheiten beendet. SPD Mitglied des Landtages in Niedersachsen in den frühen 50er Jahren,

ab Mitte der 50er Jahre 20 Jahre Vorsitzender der IG Metall. Große Mitgliederzuwächse während seiner Amtszeit (von 1,6 Mio auf 2,35 Mio Mitglieder). Er verfolgte eine Gewerkschafts-Politik, die pragmatisch war und sich geschickt zwischen „Konflikt und Kompromiss“ bewegte. Wiederbewaffnung und Aufstellung von Atomarer Waffen wurden unter seiner Führung im IG Metall-Bezirk klar abgelehnt. Gleiches galt für die Notstandsgesetzgebung Info der 60er Jahre.

12 Hermann Ötting, 1970 Vorsitzender des SPD Kreisverbandes Braunschweig später Vorsitzender SPD-Bezirk Braunschweig, Maschinenbauingenieur und Leiter der Unterabteilung Verbrennungstechnik bei VW in Wolfsburg, Ratsmitglied der Stadt Braunschweig 1968–1971, MdB ab 1971 (Nachrücker) bis 1976

13 DLR = Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt – Braunschweig ist der drittgrößte Standort in Deutschland. 1250 Wissenschaftler*innen forschen und arbeiten an Themenstellungen in den Bereichen Luftfahrt, Verkehr, Raumfahrt und Energie.

14 RESON = Abkürzung von „Regionale Entwicklungsagentur Süd-Ost-Niedersachsen“, die unter Beteiligung von Industrieunternehmen, Gebietskörperschaften und der IG Metall der Region mit dem Ziel gegründet wurde, Beschäftigung zu sichern und auszubauen.

15 Ein Raumordnungsprogramm legt die sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und verkehrsstrukturelle Zielbilder einer Region fest die dann durch die regionalen Akteure umgesetzt werden sollen.

16 Hans Jürgen Junghans, Ingenieur, Vorstandsmitglied der Salzgitter AG, Aufsichtsrat verschiedener Unternehmen, SPD Politiker, MdB, MdL, Wirtschaftspolitiker, 1968–1974 vorsitzender SPD Bezirksverband Braunschweig

17 VW-Gesetz = Das Gesetz trat im Juli 1960 in Kraft, als VW privatisiert und in eine Aktiengesellschaft (AG) überführt wurde. Vollständiger Name: Gesetz über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk GmbH in private Hand (VWGmbHÜG). Inhalt: 4/5 Mehrheit für Satzungsänderungen und Entscheidungen über Standorte. Das Land Niedersachsen hat 20,2 Prozent der Anteile und somit eine effektive Sperrminorität.